

**Rede zum Neujahrsempfang der SPD im Unterbezirk Mülheim an der Ruhr am 15.
Januar 2007**

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich begrüße Sie sehr herzlich hier in den Geschäftsräumen von T-Systems in der Parsevalstraße.

Ganz herzlich danken möchte ich Herrn Walter Maywald und seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die uns hier gewährte Gastfreundschaft.

Mit der Einladung hierher halten wir die Tradition der letzten Jahre aufrecht, Sie an verschiedenen Orten unserer Stadt zu dem Neujahrsempfang der Mülheimer SPD einzuladen.

Im vergangenen Jahr waren wir in der etwas kühleren Werkshalle der Mannesmann Röhrenwerke und heute hier bei T-Systems.

Im letzten Jahr, wie heute, treffen wir uns an einer Stätte, wo Frauen und Männer arbeiten.

Beide Betriebe stehen ganz besonders für unsere Stadt, wie aber auch für das Ruhrgebiet.

Die Mannesmann Röhrenwerke für eine sehr lange und erfolgreiche Industriegeschichte und für das produzierende Gewerbe in Mülheim an der Ruhr, welches auch heute noch immer einen hohen und besonderen Stellenwert hat.

T-Systems, T-Systems ist ein Unternehmen, das auch für einen erfolgreichen Strukturwandel steht, der in großen Bereichen im Ruhrgebiet und somit auch in Mülheim an der Ruhr in den vergangenen Jahrzehnten zu bewältigen war.

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich bin sehr froh, dass Viele sich haben einladen lassen, unter Ihnen viele Persönlichkeiten, von denen ich nur wenige im Besonderen begrüßen kann.
Ich bitte Sie insofern um Verständnis.

Zunächst die erste Bürgerin unserer Stadt, und ich sage es nicht ohne Stolz, unsere Oberbürgermeisterin, Frau Dagmar Mühlenfeld, ...

(Weitere Begrüßung gemäß separater Aufstellung)

So sind Sie alle herzlich Willkommen zum neuen Jahr.

Glaubwürdigkeit zurückgewinnen,
Zukunft gestalten,
Menschen mitnehmen.

Ohne Frage, mit der Glaubwürdigkeit der Politik steht es in unserem Land nicht zum Besten.

Wir erleben innerhalb der Bevölkerung eine Verunsicherung.
Über 60 % haben den Eindruck, dass die soziale Mitte verloren gegangen sei.
Es gebe nur noch ein Oben und ein Unten.

Neujahrsempfang 2007

Viele Menschen haben kein Zutrauen mehr in die Gestaltungskraft und Reformfähigkeit der politischen Akteure.

Natürlich werden in der Politik, sei es im Bund, Land oder in der Kommune, Fehler gemacht, keine Frage, aber Politik zu gestalten, zumindest in den Volksparteien, bedeutet immer, dass sich in ihr die jeweilige Gesellschaft widerspiegelt.

In der Politik sind bestimmt nicht die besseren Menschen, aber auch nicht die Schlechteren.

Allein in NRW machen rund 60.000 Menschen in Stadt- und Gemeinderäten, in Kreistagen ehrenamtlich Politik. Ohne ihr Engagement würde unsere Demokratie nicht funktionieren.

Gleichwohl ist die Frage berechtigt: Wie kann verloren gegangene Glaubwürdigkeit zurück gewonnen werden?

Diese Fragestellung ist eng damit verbunden, warum sich Frauen und Männer in der Politik engagieren.

Auf mich bezogen könnte ich auch sagen, warum mache ich eigentlich Politik?

Zunächst, weil ich fest davon überzeugt bin, dass unser demokratisches System mit all seinen Problemen und Mängeln beste Voraussetzungen bietet, sich in Freiheit politisch zu engagieren.

Dass es bei diesem demokratischen System bleibt, dass Demokratie, Freiheit und soziale Gerechtigkeit nicht selbstverständlich ist, wird uns doch täglich beim Blick über unsere Staatsgrenzen hinaus verdeutlicht.

Ich stehe hier und mache Politik, auch um dabei mithelfen zu können, dass diese Stadt und vor allem, dass die Menschen, die in ihr leben, Perspektiven haben.

Ich mache Politik als Mitglied der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Ich mache Politik für die SPD, weil sie meiner Überzeugung nach die Partei ist, die auf die Probleme unserer Zeit die richtigen Antworten hat.

Diese Partei und die in ihr engagierten Menschen haben eine klare Vorstellung davon, dass, angesichts von Globalisierung und immer schärfer werdendem Wettbewerb, der Begriff soziale Gerechtigkeit und Chancengleichheit nicht nur eine leere Phrase sein darf, sondern ständige Aufgabe.

Aufgabe ist auch, mit den Bedürfnissen der Menschen aufrichtig umzugehen.

Vor allem in der Wirtschaft finden sich hierfür in den vergangenen Wochen und Monaten Beispiele, wie man so etwas tun kann – also aufrichtig mit den Bedürfnissen der in den Unternehmen arbeitenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern umzugehen oder diese Zugunsten nahezu irrationaler Profitanforderungen auf das Größte zu missachten.

Der Umgang mit der Belegschaft von BenQ Siemens ist nur ein Beispiel für eine neue Dimension unsozialen Verhaltens in Teilen der Wirtschaft.

Aber, insbesondere in Mülheim an der Ruhr, finden wir auch Beispiele für engagiertes Unternehmertum im Interesse des Unternehmens, und im Interesse der dort arbeitenden Belegschaft.

Neujahrsempfang 2007

Im Übrigen auch bei Siemens PG, wo ich mich über die Ausführungen von Herrn Helmut Schmitt anlässlich des Neujahrsempfangs des Mülheimer Sports am vergangenen Montag hinsichtlich der erfolgreichen Zusammenarbeit mit dem Betriebsrat unter der Leitung des Vorsitzenden Pietro Bazzoli sehr gefreut habe.

Profitstreben ohne Berücksichtigung der fundamentalen Bedürfnisse der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ist zum Scheitern verurteilt.

In der Wirtschaft, wie auch in der Politik, gilt es deshalb, verlorenes Vertrauen zurück zu gewinnen – zur Glaubwürdigkeit zurückzukehren.

Zukunftsaufgaben zu meistern, dafür sind wir Sozialdemokraten angetreten. Im Bund mit der aktuellen Bremer Erklärung und dem Entwurf für ein neues Grundsatzprogramm, im Land mit neuen politischen Akzenten und mit neuer Kraft.

In Mülheim an der Ruhr mit neuen Angeboten und konkreten Vorstellungen einer guten Stadtentwicklung und Wirtschaftspolitik.

Angetreten mit Vorschlägen für Bildung und Ideen, wie wir Menschen mitnehmen können und niemanden zurücklassen.

Sehr geehrte Damen und Herren,

am 14. Dezember des vergangenen Jahres ist es uns Sozialdemokraten nach langen Verhandlungen gelungen, gemeinsam mit der Mülheimer CDU ein Papier über die weitere strategische Zusammenarbeit vorzulegen.

Wichtig ist, wie diese Zusammenarbeit funktioniert und welche Regeln beachtet bzw. missachtet werden.

Es ist eine Missachtung der getroffenen Vereinbarungen, wenn offene Briefe an die Oberbürgermeisterin verfasst werden, obwohl völlig klar ist, dass es sich um Themen handelt, die zwischen den Partnern vereinbart sind bzw. zunächst zu verhandeln wären.

Als Parteivorsitzender gehe ich davon aus, dass dieses destruktive Verhalten gestoppt wird und wir zu einer konstruktiven Zusammenarbeit entsprechend der getroffenen Vereinbarungen kommen.

Dies umso mehr, weil es dem Wunsch der Bürgerinnen und Bürger entspricht, die an Parteiengezänk kein Interesse haben, sondern an Lösungen.

Wir wollen Zukunft gestalten, in dem wir die wirtschaftlichen Potentiale unserer Stadt künftig besser nutzen.

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich bin zutiefst davon überzeugt, dass eine wirtschaftsfreundliche Kommunalpolitik die Grundvoraussetzung dafür ist, Arbeitsplätze zu schaffen und die kommunale Einnahmesituation zu verbessern, zumindest aber angesichts der schwierigen finanzpolitischen Rahmenbedingungen zu stabilisieren.

Sie wissen, dass wir dringend finanzpolitische Entscheidungen seitens der Bundesregierung und des Deutschen Bundestages benötigen, um die finanzielle Situation der Kommunen, insbesondere im Ruhrgebiet, zu sichern.

Neujahrsempfang 2007

Hierzu gehört im Übrigen auch die Entlastung der Ruhrgebietsstädte von den Leistungen im Rahmen des Solidarpaktes, die für die Kommunen in den neuen Ländern zu leisten sind.

Der Solidarpakt war und ist richtig. Doch seine Zuteilung sollte eher der strukturellen Notwendigkeit folgen, als einer geographischen Richtungsanzeige.

Dazu gehört auch, dass die schwarz-gelbe Landesregierung den Städten mit der Änderung des § 107 GO Fesseln anlegt.

Fesseln, die die Kommunen erheblich benachteiligen.

Es ist eben nicht richtig, dass Privatunternehmen alles besser und wirtschaftlicher machen können.

Zurück zum Thema.

Zu einer wirtschaftsfreundlichen Kommunalpolitik gehört nicht nur, über allerdings längst notwendige Vereinfachungen bei Bewilligungsverfahren zu diskutieren und zu sprechen, sondern diese auch umzusetzen und notwendige Entscheidungen für die Ansiedlung von Unternehmen zu treffen.

Es ist für mich irritierend, wenn ich an die Diskussion um den Baumarkt in Styrum denke.

Wir haben Investoren, die interessiert sind, einen großen Baumarkt zu eröffnen und hierbei bereit sind, mit der Errichtung der Verkehrsspanne große verkehrspolitische Probleme in diesem Stadtteil zu lösen.

Aber die Parteien dieser Stadt sind nicht in der Lage, hierfür die notwendigen Beschlüsse zu fassen.

Als ob wir es uns leisten könnten, auf die hiermit verbundenen Einnahmen für unsere Stadt zu verzichten.

Ein Weiteres, meine Damen und Herren:

Angesichts der Tatsache, dass wir hier an der Parsevalstraße in der Nähe des Flughafens sind, wird Sie das nicht verwundern.

Es ist nicht der Flughafen an sich!

Wir könnten sogar darüber diskutieren, ob dieser notwendig ist.

Das ist fast zweitrangig.

Tatsache aber ist, dass mit der WDL Westdeutsche Luftwerbung und anderen Unternehmen am Flughafen erhebliche, mehrere Millionen hohe Gewerbesteuerereinnahmen für unsere Stadt verbunden sind.

Dieses Jahr für Jahr.

Hunderte von Arbeitsplätzen sind am Flughafen angesiedelt.

Aber wir haben es bisher nicht geschafft, diese Gewerbesteuerereinnahmen, wie auch die Sicherung der Arbeitsplätze, ja gar die Schaffung weiterer Stellen, durch notwendige und vernünftige politische Entscheidungen zu sichern.

Wir ergehen uns vielmehr seit vielen Jahren im Klein-Klein um die Diskussion über den Flughafen, wobei hier von Gegnern sogar die Argumente hinsichtlich der

Neujahrsempfang 2007

Fluglärmbelästigung, insbesondere durch den Großflughafen Düsseldorf, und deren Auswirkungen auf unseren Flughafen vermischt werden.

Natürlich können wir sagen, warum müssen ein paar Bonzen, wenn wir es nicht selber auch können, mit Geschäftsflugzeugen zu ihren Zielen geflogen werden, zu ihren Besprechungsterminen?

Das ist doch nicht wichtig. Doch, das ist wichtig!

Denn das sind die Menschen, die in diesen Besprechungen die Entscheidungen darüber treffen, wo Investitionen getätigt werden, wo Arbeitsplätze gesichert oder gar neu geschaffen werden.

Und wenn dieser Flughafen, wenn er denn Geschäftsflughafen wäre, hierfür eine wichtige Voraussetzung ist, dann müssen wir diese schaffen.

Nicht nur wegen der Arbeitsplätze, die direkt damit verbunden sind, sondern auch wegen derer, die mittelbar davon betroffenen sind.

Sehr geehrte Damen und Herren,
Stadtentwicklung gehört zu den wichtigsten Themen unserer Stadt.

Insbesondere, wenn es um unsere Zukunftsprojekte geht.

In aller Stille werden die Voraussetzungen zur Realisierung des Weststadtprojektes geschaffen, im Bereich des ehemaligen Bundesbahngeländes an der Duisburger Straße.

Das ist gut so.

Nicht nur, weil wir dort endlich eine Haupt-Feuerwehrwache bekommen, die ihren Namen auch verdient und längst überfällig ist.

Sondern weil dort Arbeit und Wohnen geschafft werden soll.

Diese bisher kaum beachteten Flächen einer neuen, in die Zukunft gerichtete, Nutzung zuzuführen, ist ein bedeutendes stadtentwicklungspolitisches Ziel.

Standen diese Flächen doch in den vergangenen Jahren eher im Schatten der entwicklungspolitischen Überlegungen für unsere Stadt.

Ruhrbania, ist das zentrale Entwicklungsprojekt für Mülheim an der Ruhr.

Das bedeutendste Teilprojekt ist die Ruhrpromenade.

Warum brauchen wir die Ruhrpromenade?

Die Entwicklung der Ruhrpromenade ist notwendig, um das zu schaffen, was unserer Innenstadt am Meisten fehlt: Urbanität, Spannung, Leben.

Spannung kann in einer Innenstadt nur erzeugt werden, wenn man zwei Pole hat, zwischen denen die Menschen hin und her flanieren können, an denen sie sich gerne aufhalten.

Mit dem Forum, das gut funktioniert, haben wir einen solchen Anziehungspunkt, aber die Schloßstraße dümpelt dahin, weil auf der anderen Seite der Kaufhof allein nicht in der Lage ist, diese notwendige Spannung zu erzeugen.

Neujahrsempfang 2007

Ich stimme Heinz Lison ausdrücklich zu, dass der Kaufhof nicht aus seiner Verantwortung entlassen werden darf, etwas für seinen Standort zu tun.

Die meisten Besucher unserer Innenstadt suchen eben das Forum auf, aber nicht die weiteren Geschäfte, gehen nicht mehr die Schloßstraße herunter.

Mit der Schaffung der Ruhrpromenade wäre eine Verbindung möglich zwischen Wohnen, Einkaufen und Arbeiten.

Gastronomie wird entstehen und damit ein weiterer, dringend notwendiger Anziehungspunkt für unsere Innenstadt.

Lassen Sie uns das mit Mut angehen!

Lassen Sie uns nach vorne blicken!

Lassen Sie uns über den Zaun schauen, wie es in anderen Städten gemacht wird, wo sich Bürgerinnen und Bürger dafür engagieren, ihre Stadt voran zu bringen.

Ich habe mir in den letzten Monaten viele Städte angesehen und war immer wieder beeindruckt von dem Enthusiasmus, mit dem dort Großprojekte angegangen wurden, mit welchem Mut in die Zukunft geblickt wurde und mit welcher Kraft man bereit war, die sich abzeichnenden Probleme zu meistern.

Das können wir auch – davon bin ich fest überzeugt.

Sehr geehrte Damen und Herren,

es nutzt nun alles nichts: In einem sozialen und demokratischen Bundesland müssen die Menschen, unabhängig ihrer Herkunft, ihrer Intelligenz, ihrer sozialen Stellung, ihres eigenen Bemühens, mitgenommen werden.

Es darf keiner auf der Strecke bleiben.

Wir befinden uns in einer Zeit des Umbruchs, aber das ist nicht neu und ist nicht der erste Umbruch, den das Land - und damit die Sozialdemokratie - zu bewältigen hat.

Sozialdemokratische Ideen zu verwirklichen und umzusetzen, war niemals einfach.

Trotz und alledem bleiben wir dabei: Wir wehren uns dagegen, dass Menschen ausgegrenzt, verachtet und abgeschrieben werden.

Kapitalismus ohne Sozialdemokratie ist blind für die Verlierer des Konkurrenzkampfes. Deshalb brauchen wir Regeln für den Markt und eine offensive Politik der sozialen Teilhabe.

Respekt und Ermutigung ist die eine Seite der Medaille, Arbeit, gerechter Lohn, gleiche Bildungschancen, Gesundheitsvorsorge, Sicherheit im Alter die andere.

Verantwortung übernehmen für unser Land, für Deutschland, für unser NRW, für unsere Stadt Mülheim an der Ruhr, das nehmen wir wörtlich.

Wir machen keine Politik für einzelne Gruppen und Interessen.

Wir schützen keine Privilegien.

Neujahrsempfang 2007

Wir picken uns nicht diejenigen heraus, die in der Öffentlichkeit am lautesten sind.

Wir gehen nicht denen auf den Leim, die von Gemeinwohl reden, aber hinterrücks nur selber abkassieren und unser Land in Gewinner und Verlierer spalten.

Uns geht es um das Ganze, um jeden einzelnen Menschen, und wir blicken über den Tag hinaus.

Wir werden schon sehr genau sagen müssen, wie wir Wohlstand und Arbeit für alle ermöglichen wollen und können.

Mit dem Bremer Entwurf für ein neues Grundsatzprogramm haben wir einen Anfang gemacht, die zentralen Fragen unserer Zeit zu beantworten.

Wir müssen auch deutlich machen und erklären, wie wir die soziale Marktwirtschaft so weiter entwickeln, dass sie wirklich gerechte Teilhabe der Menschen am gesamtgesellschaftlichen Reichtum ermöglicht.

Wir müssen auch klären und deutlich machen, welche Aufgaben ein vorsorgender Sozialstaat erfüllen muss, der Menschen in Notlagen zur Seite steht, sie aber auch dazu ermuntert und auffordert, ihr Leben eigenverantwortlich und selbständig zu gestalten.

Wir brauchen hierzu ein Modell einer Bürgergesellschaft, in der die Menschen Verantwortung übernehmen, in der sie Gemein Sinn praktizieren und in der sie eine Heimat und eine feste Verwurzelung finden, in der die Werte Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität einen festen und unumstößlichen Platz haben.

Anrede

Die Wirtschaft wächst, die Arbeitslosigkeit sinkt und die Reformen zeigen erste Wirkungen.

Seit Monaten bekommen wir gute Zahlen zur Konjunktur und vom Arbeitsmarkt.
Das ist vielleicht die wichtigste Meldung am Anfang dieses Jahres.

Sogar die professionellen Miesmacher bei Presse und Verbänden können sich diesem Stimmungswandel nicht mehr entziehen.
Der Aufschwung ist da!

Und er ist robuster und stärker, als viele im letzten Jahr wahrhaben wollten.

Als Sozialdemokraten sagen wir: „Ja, der Aufschwung ist da, aber er ist uns nicht in den Schoß gefallen. Wir haben hartnäckig und ausdauernd darauf hin gearbeitet.“

Nichts kommt von selbst.

Dieser Satz bleibt gültig, und wir müssen uns weiter anstrengen.

Die Kaufkraft der privaten Haushalte kann uns nicht zufrieden stellen.
Seit 1991 ist sie gesunken.

Vieles ist teurer geworden, aber die Löhne und Gehälter sind nicht mitgekommen.

Wir müssen daran arbeiten, dass die Menschen mehr Geld in der Tasche haben.

Neujahrsempfang 2007

Wir brauchen einen angemessenen Lohnzuwachs. Zusätzlich brauchen wir mehr Beteiligung am Produktivvermögen.

Tarifautonomie und Mitbestimmung sind unverzichtbare Mittel, um beides auszuhandeln und durchzusetzen.

Sehr geehrte Damen und Herren,

der Aufschwung ist da, ja, die Arbeitslosigkeit sinkt, ja, mehr Arbeitskräfte werden gemeldet.

Aber wir erleben zugleich, dass davon nicht alle auf dem Arbeitsmarkt und schon gar nicht alle von Arbeitslosigkeit betroffenen Menschen profitieren.

Wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass es innerhalb der von Arbeitslosigkeit betroffenen Menschen nicht wenige gibt, die mit ihren individuellen Voraussetzungen, mit ihren individuellen Möglichkeiten, mit ihren unterschiedlichen sozialen Schwierigkeiten so gut wie keine Chancen haben, von diesem Aufschwung zu profitieren und wieder eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung, ohne Subventionen, ohne öffentliche Hilfestellungen, bekommen.

Ja, der Aufschwung ist da, aber wir haben zur Kenntnis zu nehmen, dass es eine Schere gibt zwischen den Anforderungsprofilen einer modernen Industrie-, Dienstleistungs- und Arbeitsgesellschaft und Menschen, die diesen Anforderungen aus den verschiedensten Gründen nicht genügen können.

Wir haben zur Kenntnis zu nehmen, auch in Mülheim an der Ruhr haben wir es mit Menschen einer verfestigten Armut zu tun.

Das bedeutet, dass es auch in Mülheim an der Ruhr viele Familien gibt, die sich nunmehr seit Generationen im Nischenbereich unseres sozialen Netzes befinden.

Wir haben zur Kenntnis zu nehmen, dass Armut anscheinend für einige Bevölkerungskreise vererbbar ist.

Dies bedeutet, dass die Kinder, die dort in diesen Strukturen aufwachsen, nicht von der theoretischen Chancengleichheit unserer Gesellschaft, unseres Bildungssystems und unserer Arbeitswelt profitieren können.

Ja, der Aufschwung ist da, aber wir haben zwei Gruppen von Menschen, die in unserer Leistungsgesellschaft nicht gut zu recht kommen.

Das sind z. B. in der einen Gruppe Menschen, die sich am Leistungswettbewerb nicht beteiligen wollen oder in der Gesellschaft einen Weg der Genügsamkeit gehen und sich nicht aus der sozialen Hängematte lösen können.

Unser Parteivorsitzender Kurt Beck hatte ja mit Teilen dieser Gruppe in den vergangenen Wochen seine Erfahrungen machen dürfen.

Ich will das hier nur andeuten, aber wir haben uns bezüglich dieser Gruppe vor Überreaktionen zu hüten.

Ich glaube, damit würden wir dieser Gruppe mehr Gewicht beimessen, als sie es verdient.

Die andere Gruppe aber sind diejenigen, die in der Leistungsgesellschaft nicht zurecht kommen, d. h. hier nicht zu ihrem Recht kommen können, weil sie die Leistungsvoraussetzungen aus den unterschiedlichen Gründen nicht mitbringen.

Neujahrsempfang 2007

Und ich glaube, ihnen schulden wir mehr als nur ein Laufen lassen und Gelten lassen, was sie sind und wie sie sind.

Ich glaube, ihnen schulden wir die Mühe, zu versuchen, sie hereinzunehmen in die Mitte der Gesellschaft und dieses auf sehr unterschiedliche Weise.

Ich weiß, das ist anstrengend, ich weiß, es ist kompliziert,
ich weiß, das wird Geld kosten, aber:
Was ist denn die Alternative?

Was ist die Alternative, wenn wir es zulassen, dass die soziale Spaltung und Ausgrenzung in unserer Gesellschaft, auch in unserer lieben Heimatstadt Mülheim an der Ruhr, weitergeht.

Wir hatten hierzu ja im vergangenen Jahr unsere Diskussion:

Unterschicht und,
Prekariat.

Sie werden sich erinnern, es gab die unterschiedlichsten Votierungen dazu, ich will mich an dieser Diskussion nicht beteiligen.

Aber die Zahlen, die mit dieser Diskussion vermittelt und dargelegt worden sind, sind schon beeindruckend und im besonderen Maß bedrückend.

Bislang tun wir uns in der Politik schwer damit, auf diese sozialen Probleme und die damit verbundenen Schwierigkeiten richtige Antworten zu finden.

Eines ist hierbei selbstverständlich.
Eine funktionierende Sozialpolitik muss unbedingt auch Bildungspolitik sein.

Wir brauchen eine bessere Bildung für alle.

In unserem derzeitigen System bleiben zu viele Schülerinnen und Schüler ohne qualifizierten Abschluss.

Die Zukunftsfrage wird sein, wie wir zu besseren Ergebnissen kommen.

Ich bin davon überzeugt, mit der Veränderung des Schulsystems alleine wird es nicht gehen.

Streit zu führen mit platten Begriffen wie Einheitsschule, Kuschelpädagogik oder ähnliches mag zwar zur Belustigung beitragen, führt die Sache jedoch nicht voran.

Ich bin davon überzeugt eine gut funktionierende Schule beachtet folgende Grundregeln:

- In einer guten Schule ist individuelle Förderung selbstverständlich
- Eine gute Schule lässt Lernfreiräume
- In einer guten Schule lernen die schwachen von den starken
- Die Jüngeren von den Älteren

Die „Zukunftsschule“, wie sie in Eppinghofen entstehen soll, ist ein erster guter Schritt, um ein gemeinsames und längeres Lernen möglich zu machen.
Und, mit dieser Schule bringen wir den Stadtteil Eppinghofen strukturell voran.

Sehr geehrte Damen und Herren,

Neujahrsempfang 2007

Glaubwürdigkeit zurückgewinnen, Zukunft gestalten, Menschen mitnehmen.

Wir werden hierzu viele Gelegenheiten im neuen Jahr haben.
Hierbei jede und jeder an ihrem oder seinem Platz mit ihren oder seinen Fähigkeiten und Möglichkeiten.

Es gibt viele schöne Städte.

Eine davon ist Mülheim an der Ruhr.

Aber Mülheim an der Ruhr ist unsere Heimatstadt.
Hier leben und hier arbeiten wir.

Darum wollen wir unseren Beitrag für die Menschen in dieser schönen Stadt leisten.

In diesem Sinne grüße ich Sie zum neuen Jahr und wünsche Ihnen ein gutes, erfolgreiches und glückliches Jahr 2007.

Glück auf!